

Ausgabe Nr. 3, 11/2018

Proteste auch in Deutschland



Die französische Regierung will trotz der andauernden Demonstrationen der "Gelbwesten" an ihrem Kurs in der Energiepolitik festhalten. Regierungssprecher Griveaux sagte hierzu, man brauche einen neuen Ansatz, aber keinen Kurswechsel - es gehe um eine "globale Antwort", so Griveaux.. Die "Gelbwesten" protestieren seit mehr als einer Woche gegen die geplante Ökosteuern auf Diesel. Sie errichten Straßenblockaden im ganzen Land. Am Wochenende war es in Paris zu Ausschreitungen gekommen. In den letzten Tagen haben auch in mehreren deutschen Städten Menschen in gelben Warnwesten zusammengefunden und gegen die heimische Energiepolitik demonstriert.

Weitere Staaten gegen geplanten UN-Migrationspakt

Nach Ungarn, Österreich und Polen hat auch die Slowakei erklärt, den UN-Migrationspakt nicht mitzutragen. Regierungschef Pellegrini erklärte, sein Land werde den Pakt nicht unterstützen und ihm auch nicht zustimmen. "Die Slowakei ist nicht einverstanden damit, dass es keinen Unterschied zwischen legaler und illegaler Migration gibt, und wir betrachten Wirtschaftsmigration als illegal, schädlich und als ein Sicherheitsrisiko". Inzwischen haben sich etliche Staaten gegen den Pakt gestellt - in Europa waren es neben Österreich vor allem seine östlichen Mitgliedsstaaten Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Estland und Polen. Auch die USA, Australien und Israel erklärten, den Pakt nicht mittragen zu wollen.



Bin-Laden Leibwächter bleibt in Tunesien

Das Abschiebeverbot gegen den bereits abgeschobenen Islamisten Sami A. ist aufgehoben worden. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gab einem Antrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge statt. Die Gerichtsentscheidung ist unanfechtbar. Damit hat Deutschland einen Gefährder weniger, was aber angesichts der Anzahl anderer Islamisten kaum auffallen dürfte. In der Entscheidung halten es die Richter demnach nicht mehr für wahrscheinlich, dass der abgeschobene Tunesier in seiner Heimat gefoltert würde. Durch eine inzwischen bei Gericht eingegangene diplomatische Zusicherung Tunesiens werde diese Gefahr in hinreichendem Maß ausgeräumt. Die Abschiebung von Sami A. am 13. Juli hatte für erheblichen Streit zwischen Justiz und Politik gesorgt. Der Tunesier soll Mitglied der Leibgarde des 2011 getöteten Al-Kaida-Chefs Osama bin Laden gewesen sein. In Deutschland soll er sich als salafistischer Prediger betätigt haben.

35 Jahre REPUBLIKANER

Am 26.11.1983 wurde die Gründungsveranstaltung der Partei DIE REPUBLIKANER - REP - in München durchgeführt. Damals hatten sich überwiegend ehem. CSU-Mitgliedern zusammengefunden, um gegen den Milliardenkredit an die DDR zu protestieren und um eine freiheitlich-konservative Partei zu gründen. Wie wir heute wissen, war gerade der Kredit lebensverlängernd für die SED und die Teilung unseres Landes. Es fiel der Startschuss für aufregende Jahre, in denen unsere Partei viele Höhen und Tiefen erleben musste. Den ersten Achtungserfolg konnten wir bei den Landtagswahlen Bayern erzielen, die im Jahr 1986 stattfanden. Ohne die heutigen medialen Möglichkeiten erreichten wir aus dem Stand heraus 3 Prozent der

Stimmen. Im Juni 1989 gelang dann als erste deutsche Rechtsparterie der Einzug mit über 7 Prozent in das Europäische Parlament. Wenige Monate vorher schafften wir den Sprung in das Abgeordnetenhaus von Berlin. Auch bei dieser Wahl erreichten unsere Partei 7,5 % der Stimmen. In zwei Legislaturperioden waren wir über 9 und knapp 11 Prozent der Stimmen im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, sowie unzähligen Kommunalparlamenten. Bis heute sind wir für die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv und während damals einige unserer Forderungen und Befürchtungen als überzogen und populistisch bezeichnet wurden, ist jedem politisch interessierten Menschen in unserem Land heute klar, dass die Realität noch viel schlimmer eingetreten ist, als selbst wir es befürchtet haben. Nachdem unsere Gegner merkten, dass wir politisch

nicht niedergedrungen werden konnten, versuchten sie es juristisch. Keiner dieser Wege hat zum gewünschten Erfolg geführt. Zwar konnten viele Mitglieder diesem Druck nicht standhalten, den die Gegner unserer Gemeinschaft gegenüber aufgebaut haben, dennoch lassen wir uns hiervon nicht aufhalten und werden auch die nächsten 35 Jahre für unsere Heimat politisch kämpfen. Immer mehr Mitstreiter finden momentan den Weg zu den Republikanern und gemeinsam werden wir die Ziele umsetzen, die unsere Gründungsmitglieder damals entworfen haben: Eine patriotische, freiheitliche und soziale Kraft, neben der CDU zu etablieren. Packen wir es an, die Zeit ist reif!

Weihnachtsfeiern der Kreisverbände

Auch in diesem Jahr führen wieder verschiedene Kreisverbände Weihnachtsfeiern durch, so z.B. am 21.12.18, um 16.00 Uhr, in Karlsruhe. Um Kuchenspenden wird hier gebeten. Wer an der Veranstaltung teilnehmen möchte, kann sich beim Kreisverband Karlsruhe melden: 07254-72375.

Sollten Sie aus anderen Regionen unseres Landes stammen, nehmen Sie bitte Kontakt mit ihrem zuständigen Landesverband auf.

Sachsen stellen Wahlprogramm vor

Die sächsischen Parteifreunde veröffentlichen schrittweise ihr Wahlprogramm zur anstehenden Landtagswahl. Dabei werden nicht nur die Unterschiede zu anderen Parteien aufgezeigt, sondern auch einige Alleinstellungsmerkmale. In verschiedenen Abschnitten bewerben sie ihre Positionen auf Facebook und der Landesseite.

Wenn auch Sie an den Stellungnahmen interessiert sind, dann besuchen Sie den Verband online **unter:** www.sachsen-rep.de

Kampagne gegen Migrationspakt und Dieselfahrverbot

Der nordrhein-westfälische REP-Landesverband hat eine Postkartenkampagne gestartet, mit der er sich gegen den geplanten UN-Migrationspakt stellt und die gravierenden Folgen. Zudem wurde das Dieselfahrverbot thematisiert, welches viele Autofahrer betrifft. In verschiedenen Großstädten werden momentan tausende Postkarten verteilt, um die Bevölkerung zu sensibilisieren. Die Rücklaufquote zeigt dabei deutlich, wie groß das Interesse ist. In den kommenden Tagen werden die Verteilungen abgeschlossen sein. Wir bedanken uns bei allen Helfern für ihren Einsatz.

Islamisten Datei geplant

BKA, Bundespolizei und die Polizeien der Länder sollen künftig auch die einfachen kriminellen Delikte islamistischer Gefährder bundesweit speichern, um die Sicherheit vor Anschlägen zu erhöhen. Hintergrund ist, dass viele Gefährder eine allgemeinkriminelle Vorgeschichte haben. Für die Polizei und für die Sicherheitsbehörden könnten Informationen darüber ein fehlender Mosaikstein sein, um eine terroristische Gefahr abzuwehren, so der Landesinnenminister (BW) Strobl, der federführend die Datensammlung vorangetrieben hat. Diese Datensammlung wird als wichtiger Baustein bei der Terrorbekämpfung angesehen, aber auch für die Einschätzung einer ganz konkreten Lage und diene der Eigensicherung von Polizeibeamten, sagte der CDU-Politiker. Warum erst jetzt eine solche Datensammlung erfolgt, nach Anschlägen, Toten und Verletzten, ist völlig unklar. Die spätere Reaktion auf die Gefährdung unserer Bevölkerung nehmen die verantwortlichen Politiker aber gelassen hin.

Mehr Geld für Hebammen

Bei der REP-Mitgliederversammlung im Kreis Berchtesgadener Land waren das neue Müllkonzept mit Biotonne, die Ungleichbehandlung bei der Mütterrente und der Hebammenmangel Hauptpunkte. Zum letzten Punkt merkte Kreisvorsitzender Gschwendtner an, dass die Republikaner seit Jahren auf den Missstand der hohen Berufshaftpflichtversicherung bei den freiberuflichen Hebammen hinwiesen und Unterstützung von staatlicher Seite forderten.

Landesparteitag NRW

Ende Januar 2019 findet in dem größten Bundesland der nächste Landesparteitag statt. Hierauf verständigte sich der Landesvorstand in seiner letzten Sitzung. Auf diesem Parteitag wird ein neuer Vorstand gewählt, der den Verband nicht nur in die kommenden Wahlkämpfe führen wird, sondern auch die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2020 einläutet.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder unter: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Am 21.12.18 findet um 16.00 Uhr die Weihnachtsfeier des Kreisverbandes statt. Um Kuchenspenden wird gebeten. Weitere Informationen unter :7254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenvirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.